



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitglied und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags

Parlamentarische Geschäftsführerin

Sprecherin für Bildung, Wissenschaft, Kultur, Migration, Religion und Frauen

Erfurt, den 28.11.2013

Liebe Freundinnen und Freunde,

vor uns liegt ein spannendes und wahrlich wegweisendes Wochenende. Und ich gebe zu: Auch ich bin sehr aufgeregt, gilt es doch, sich für die Landtagswahl 2014 in Thüringen aufzustellen.

Vor uns liegt gewissermaßen ein Mammutwahljahr: Am 25. Mai finden (übrigens in 10 Ländern bundesweit) die Kommunalwahlen statt, wo uns hoffentlich eine noch stärkere und flächendeckend grüne Verankerung gelingt, was auch eine Ausgangsbasis für eine erfolgreiche Landtagswahl im Herbst ist. Denn auch hier gilt: GRÜN wächst von unten, daher werden wir alle für starke Grüne und entsprechende Kommunalwahlergebnisse streiten wollen. Außerdem wird zeitgleich mit der Kommunalwahl auch in Europa gewählt. Auch hier wollen wir mit einem guten grünen Ergebnis punkten und die Abstimmung zu einer über ein solidarisches und humanes Europa machen - dabei liegt uns auch und gerade die europäische Flüchtlingspolitik und die Demokratisierung der EU ganz besonders am Herzen.

Ab morgen werden wir also auf der Messe in Erfurt unsere bündnisgrüne Liste zur Landtagswahl und unseren Landesvorstand neu wählen. Und ich bin mir sicher: GRÜN geht nur GEMEINSAM.

Deshalb werbe ich nachdrücklich dafür, dass wir uns auf unsere Stärken und all das, was uns verbindet besinnen. Wir Bündnisgrünen stehen für Umwelt- und Klimaschutz, Bildung und umfassende Gerechtigkeit und natürlich für Augenhöhe. Wir haben keine Angst vor Demokratie - im Gegenteil, wir leben sie. Und wir sind eine Partei mit Ecken und Kanten und das ist auch gut so. Gerade das und unsere Authentizität machen uns aus. Im Gegensatz zu der abgewirtschafteten lähmenden Koalition im Land, die sich nun auch noch von Minister Machnig verabschiedet hat, nachdem es nur vier Tage zuvor von der Ministerpräsidentin hieß, rot-schwarz leiste gute Arbeit, setzen wir Akzente, erarbeiten wir Gesetzesvorschläge, bringen parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen auf den Weg und wollen wir Thüringen gestalten.

Und dazu müssen wir einander stützen, statt uns mit lähmenden Personalquerelen zu beschäftigen. Ja, da haben wir in der Vergangenheit auch Fehler gemacht. Daraus gilt es zu lernen. Und auch ich habe daraus meine Konsequenzen gezogen und bewerbe mich daher um Platz 3 unserer Landesliste und hoffe auf eine breit, aber nicht beliebig, aufgestellte Liste, um mit dem Schwung der gesamten Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einer gestärkten Fraktion auch in der 6. Legislatur des Thüringer Landtags vertreten zu sein. Denn: GRÜN geht nur GEMEINSAM.

Hier findet Ihr meine Bewerbung: <http://www.rothe-beinlich.de/6169469.html>

Übersicht:

- 1) Grünes im Bund: Neuwahl Buvo, Parteirat, Bundesfrauenrat
- 2) Aktuelles aus dem Landtag (Plenarsitzungen, Anfragen)
- 3) Grünes im Land: Landesdelegiertenkonferenz
- 4) Unterwegs im Lande/Kurz berichtet

1) Grünes im Bund:

Letztes Wochenende fand in Berlin der Bundesfrauenrat statt. Es war für mich der letzte Bundesfrauenrat, an dem ich in verantwortlicher Position als Frauenpolitische Sprecherin des Bundesvorstandes mitgewirkt habe. Nach sieben Jahren im Bundesvorstand habe ich mich entschlossen, auf der Bundesdelegiertenkonferenz vor vier Wochen nicht wieder für den Bundesvorstand zu kandidieren. Den Bundesfrauenrat hatte ich noch mit vorbereitet und zusammen mit meiner Nachfolgerin als frauenpolitische Sprecherin im Bundesvorstand, Gesine Agena, haben wir ihn erfolgreich zu Ende gebracht. Themen des Bundesfrauenrates waren neben der Auswertung der Bundestagswahl und der Aufstellung für die Europawahl Gewalt gegen Frauen, unsere frauenpolitischen Anliegen für die nächste Legislatur und Prostitution und Menschenhandel.



Die Beschlüsse vom letzten Wochenende, zum einen zu grüner Politik in der Opposition und zu Prostitution und Menschenhandel findet ihr hier: <http://www.gruene.de/?id=1486>.

Zwei Wochen vor dem Bundesfrauenrat tagte in Hamburg die BAG Frauenpolitik. Drei Tage lang haben wir dort künftige frauenpolitische Leitlinien, die Problematik der ErzieherInnenausbildung, Sexismus in der Werbung und auch zum schwierigen Thema Prostitution beraten. Die BAG wählte zudem ihre Sprecherinnen und die Delegierten für den Bundesfrauenrat und hat mich und Sylvia Meyer aus NRW für die nächsten zwei Jahre in selbigen entsandt.

„Gemeinsam und solidarisch für eine starke Grüne Zukunft“ war der Leitantrag überschrieben, der mit überwältigender Mehrheit von den Delegierten der 36. Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Velodrom in Berlin (18.-20.10.) verabschiedet wurde. Mit diesem Antrag haben wir durchaus selbstkritisch Bilanz gezogen zu dem schlechten Abschneiden bei der Bundestagswahl und zugleich aufgezeigt, dass wir schnell in der Lage sind, Konsequenzen zu ziehen und nach einem Rückschlag auch wieder aufzustehen. Diesen Antrag habe ich mit erarbeitet.

„Gemeinsam und solidarisch für eine starke Grüne Zukunft“: Das war und ist auch mein Motto. Ich habe mit einem weinenden und einem lachenden Auge Abschied aus dem Bundesvorstand genommen, in den ich viermal gewählt worden bin.

Die Arbeit auf Bundesebene, das Streiten um Frauenrechte, für Flüchtlinge und gegen Rechts hat mir immer auch viel Spaß gemacht. Doch manchmal im Leben muss man Schwerpunkte setzen und mein Schwerpunkt liegt in meiner Heimat Thüringen. Hier sehe ich mich mit in der Verantwortung, dass wir bei der nächsten Landtagswahl im Herbst 2014 mit einer starken und breit aufgestellten Fraktion vertreten sind.

2) Aktuelles aus dem Landtag

Plenarsitzungen des Landtages vom 16.-18. Oktober

Die Plenarsitzung begann mit der Vereidigung des neuen Ministers in der Staatskanzlei, Jürgen Gnauck, verantwortlich u.a. für Medien und Europa. Er hatte diesen Posten schon einmal unter MP Vogel bis 2003. Im Nachgang zu dieser Zeit klagt er gegen seinen ehemaligen Dienstherrn, eben die Staatskanzlei, also nun sich selber, auf Beihilfen zu seiner Krankenversicherung. Zuletzt war er bis Ende 2012 stv. Vorstandsvorsitzender der e.on Thüringer Energie AG, also sicher ein fähiger Mann für die Landesregierung.

In der Aktuellen Stunde hatten wir das Thema „Unwürdige Zustände bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen - was tut die Landesregierung?“ eingebracht. Die Antwort ist ganz klar: Deutlich zu wenig. Seit Jahren kritisieren Asylsuchende und Flüchtlingsverbände in Thüringen die schlechten Bedingungen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenberg. Die in diesem Jahr anstehenden Asylbewerberzahlen verschlechtern die räumliche Enge zusätzlich. Allerdings war dies absehbar. Fakt ist: Es gibt keine Privatsphäre in Massenschlafsälen, das Essen ist schlecht und unzureichend, die medizinische Versorgung bleibt auf Notfälle beschränkt. Von sozialer Teilhabe oder menschenwürdigen Bedingungen kann bisher jedoch keine Rede sein.

Lest dazu weiter hier: <http://www.rothe-beinlich.de/6139853.html>.

Meine Plenarrede findet Ihr unter diesem Link: <http://gruenlink.de/o5u>.

Hektisch sucht die Landesregierung aktuell nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten und schreckt dabei auch vor der Aktivierung von Kinderferienlagern, deren Bausubstanz aus der Mitte der DDR stammt, nicht zurück, sichtbar in Beichlingen und Katzhütte. Man hat sogar die Kirchen um Hilfe gebeten. Von Willkommenskultur sind wir noch Lichtjahre entfernt.

Am Donnerstag wurden mehrere Gesetze der Landesregierung mit den Stimmen der Koalition angenommen: u.a. zu Tierseuchen, zur Neuordnung der Anerkennung von Kur- und Erholungsorten, zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen, zu Justizkosten oder zum Hochschulzulassungs- und -zugangsrecht.

Anträge aus der Opposition, so zu einer Schuldenbremse (FDP) wurden abgelehnt oder im Falle eines Antikorruptionsgesetzes (Linke) in die Ausschüsse verwiesen. Die geplante Wahl eines neuen Stasi-Beauftragten (jetzt mit neuem Titel Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) wurde von der Tagesordnung genommen, weil sich CDU und SPD nicht rechtzeitig auf einen Kandidaten einigen konnten. Unser Antrag „Datenschutz gewährleisten“ wurde in den Innenausschuss überwiesen. Unsere weiteren grünen Anträge zum Bundesverkehrswegeplan, zu EU-Strukturfonds und zur Verkehrssicherheit wurden ebenso abgelehnt.



Der Freitag begann mit der Ablehnung weiterer Anträge aus den Oppositionsfraktionen. So erging es auch einem gemeinsamen Antrag von Linken und uns „Familiennachzug für Flüchtlinge aus Syrien“, er wurde mit den Stimmen von CDU und SPD abgelehnt. Im Antrag forderten die beiden Fraktionen, die bislang geforderte Verpflichtung zur kompletten Kostenübernahme für ihre Verwandten zu streichen. Innenminister Geibert kündigte im Landtag überraschend an, dass aus der Aufnahmeanordnung des Landes künftig die Kosten für Krankenversorgung, Pflege und Behinderung ausgenommen werden sollen.

Dieses Entgegenkommen des Innenministers ist sicherlich zu begrüßen. Allerdings wird es für die meisten trotzdem so sein, dass sie kaum die finanziellen Voraussetzungen erfüllen, die derzeit an den Familiennachzug gekoppelt sind. Insofern hätten wir uns gewünscht, sämtliche Hürden, die in der Aufnahmeanordnung enthalten sind, zu streichen. Zudem sind die Flüchtlinge

beispielsweise vom Bezug des Kindergeldes und weiteren Sozialleistungen ausgeschlossen. Ich meine auch, dass angesichts des Ausmaßes des Flüchtlingsdramas rund um Syrien, bei dem Millionen Menschen vor dem Bürgerkrieg fliehen, die Anzahl von 140 Flüchtlingen, die Thüringen derzeit aufnehmen will, viel zu gering ist. Es bleibt viel zu tun.
Lest weiter dazu hier: <http://www.rothe-beinlich.de/6142107.html>

Plenarsitzungen des Landtages vom 20.-22. November

32 Punkte standen auf der Tagesordnung, 25 wurden abgearbeitet. Wie immer begannen die Plenarsitzungen mit der Aktuellen Stunde, wir hatten auf einen eigenen Vorschlag verzichtet. Die Diskussionen drehten sich u.a. um den Strompreis als Standortnachteil für Thüringen oder die Breitbandversorgung im öffentlichen Raum, ein Problem, was nun auch die CDU erkannt hat. Weiter wurden die Änderung des Gesetzes zur Umweltverträglichkeit von der Landesregierung eingebracht, angenommen und zwei Gesetzentwürfe der FDP zu einer Schuldenbremse und zum Straßengesetz abgelehnt.

Der Donnerstag begann mit einer vierzigminütigen Regierungserklärung von Frau Lieberknecht zur Reform der Landesverwaltung und anschließender dreistündiger Diskussion. Warum man für die Erklärung eines Reförmchens so viel Zeit braucht, warum Kommissionen tagen dafür, warum es ein Gutachten mit vielen Vorschlägen gab, warum eine Gebietsreform nicht stattfindet - all das sind die Geheimnisse der Ministerpräsidentin geblieben. Dies betonten außer den Regierungsfractionen alle Redner. Festzuhalten gilt: Eine ordentliche Verwaltungsreform wird es unter schwarz-rot nicht geben und weitere Reformen gleich gar nicht. Wie dann im Landeshaushalt bis 2020 2,5 Mrd. Euro eingespart werden können, bleibt auch im Dunkeln.

Nachdem sich CDU und SPD nach langem Schachern auf Namen geeinigt hatten, kam es zur Wahl eines neuen Bürgerbeauftragten und eines neuen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Im ersteren Fall wurde Dr. Kurt Herzberg gewählt, er war bis zu seiner Wahl Geschäftsführer des katholischen Familienbundes in Erfurt und gilt laut Presse als enger Vertrauter von Ex-MP Althaus. Neuer Landesbeauftragter wurde Christian Dietrich, zuletzt seit 2000 Pfarrer in Nohra (Weimarer Land). Es heißt, die SPD hätte im Gegenzug das Vorschlagsrecht für den nächsten Präsidenten des Verfassungsgerichtes erhalten.

Wie immer wurden zahlreiche Anträge der Nichtregierungsfraktionen abgelehnt, so von der Linken zur Gebührenfreiheit der Freien Sammlung bei Bürgerbegehren oder zum Finanzausgleichsgesetz, von der FDP zum Ladenöffnungsgesetz. Unser Antrag wider den Ausschluss homosexueller Männer von der Blutspende wurde abgelehnt, ein Alternativantrag von CDU/SPD dagegen wurde angenommen.



Der Freitag begann, wie der Donnerstag geendet hatte. Ein Antrag der Linken „Aufforderung zum Rücktritt“ und ein Alternativantrag von uns „Aufforderung zu einer Regierungserklärung“ wurden abgelehnt. Mit unseren Anträgen zum aktuellen Stand der Funktional- und Gebietsreform und „Thüringer Pflege mit zukunftsfesten Strukturen ausstatten - Pflegepakt verbessern und umsetzen“ wurde ebenso verfahren, zu letzterem wurde ein Alternativantrag von CDU und SPD angenommen. Wir wollten u.a. ein strukturiertes Gesamtkonzept zur weiteren Umsetzung des Thüringer Pflegepaktes erarbeiten und dem Landtag zuleiten lassen. Zu letzterem Punkt durfte ich im Landtag reden.

Das nächste Landtagsplenum findet vom 18. bis 20. Dezember statt.

Meine Anfragen im Landtag

Die von mir eingereichten kleinen und mündlichen Anfragen im Landtag findet ihr auf meiner Homepage. Gern nehme ich Eure Fragen und Anregungen auf.

Ich möchte Eure Aufmerksamkeit heute besonders auf die Anfrage zum sogenannten Rock für Deutschland in Gera lenken: <http://gruenlink.de/o2g>.

Diese steht exemplarisch für die Arbeit der Landesregierung und den Umgang mit den Abgeordneten der Opposition. In einer Frage hatte ich explizit nach den gespielten Musikstücken auf dem Nazi-Event gefragt. Dazu konnte die Landesregierung keine Antwort geben. Oder wollte sie nicht? Denn sowohl bei der Geraer Stadtverwaltung als auch der örtlichen Polizei, liegt, wie ich mittlerweile erfahren habe, eine Titelliste vor. Diese musste bei der Anmeldung der Veranstaltung eingereicht werden. Dies werde ich so nicht hinnehmen und habe dementsprechend noch einmal nachgefragt: <http://gruenlink.de/o2f>.

Diese Anfrage war ungefähr die 100. Kleine Anfrage, die ich seit Herbst 2009 eingereicht habe.

Ein aktuelles Thema, an dem wir gerade arbeiten, ist ein sensibler Bereich der Forschung an Thüringer Hochschulen. Hintergrund ist, dass Hochschulen und Forschungsinstitute in Deutschland in den vergangenen Jahren mehr Mittel für militär- und sicherheitstechnische Forschungen erhalten haben, als bisher bekannt war. Lest dazu mehr hier: <http://gruenlink.de/o69> bzw. meine kleine Anfrage dazu: <http://gruenlink.de/o63>.

Ein zweites Thema ist die Evaluierung des rot-grünen Prostitutionsgesetzes aus 2002. Ziel des Gesetzes war es, die Rechte von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern zu verankern und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dadurch wurde der Bereich der Prostitution aus der Sittenwidrigkeit herausgeholt. Die Evaluierung des Gesetzes hat gezeigt, dass zum einen der mangelnde Umsetzungswille in den Bundesländern der gewünschten Wirkung des Gesetzes entgegenwirkt und zum anderen weitere Regelungen unterblieben, da sie in die Zuständigkeiten der Länder fallen. Lest mehr dazu hier: <http://www.rothe-beinlich.de/6206569.html>.

Meine Bewerbung für die Landesliste zur Landtagswahl

Ich bin motiviert und gewillt, die Arbeit im Landtag in unserem gemeinsamen Sinne fortzuführen. Das war einer der wesentlichen Gründe, warum ich nicht wieder für den Bundesvorstand kandidiert habe. Ich werde daher auf der kommenden Landesdelegierten-konferenz am Freitag und Samstag erneut für die Liste von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Landtagswahl 2014 kandidieren. Ich hoffe dabei auf Deine und Eure Unterstützung für meine Kandidatur auf Platz 3.



4) Unterwegs im Lande / Kurz berichtet

- Am 11.10.2013 fand im Thüringer Landtag ein gemeinsames Fachgespräch der LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. und der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V. "Gemeinsam Schule gestalten" statt. Zusammen mit vielen Fachleuten diskutierten wir nach einem Impulsreferat von Prof. Dr. Roland Stein in mehreren Workshops über die Umsetzung von Inklusion in der Bildung, die Kooperation von freien und staatlichen Schulen sowie die Problematik der Anerkennung von Lehrkräften an freien Schulen.
- In unserer letzten Sitzung der LAG Bildung am 20.10. haben wir uns intensiv über die aktuelle bildungspolitische Situation ausgetauscht. Zudem haben ein gemeinsames Verfahren der LAG

zur Erstellung des bildungspolitischen Abschnitts des Landtagswahlprogramm verabredet.

- Am 21. Oktober war ich Gast der mdr-Sendung „Fakt ist“ zum Thema „Magnet Deutschland - gastfreundlich oder fremdenfeindlich“. Als „Publikumsgast“ wurde ich besonders dann gefragt, wenn sich Herr Münchberg (Landrat Weimarer Land) wieder zu Behauptungen verstieg, die man so nicht stehen lassen konnte. Hier findet man die Sendung zum Nachschauen: <http://gruenlink.de/9hs>
- Nachdem ich im Sommer schon einmal bei einer Tagung des Institutes Solidarische Moderne war, in der es um Erfahrungen der (gescheiterten) rot-rot-grünen Regierungsbildungen ging, war das Thema am 02.11.: Welche Optionen gibt es für ein rot-grünes Crossover heute und mit Blick auf die nächste Bundestagswahl 2017?

- Spannend war mein Tag in Gera am 4. November. Nicht nur weil während der BürgerInnensprechstunde die Stühle im Büro knapp wurden, sondern weil es eine Aufzeichnung im Offenen Kanal in Gera gab. (Bild links und S. 5) Zum Thema: "Das Versammlungsrecht - wesentliches Grundrecht der Demokratie" durfte ich eine Gesprächsrunde moderieren, an der u.a. auch Eugen Weber als Grüner Stadtrat und der örtliche Polizeichef teilnahmen. Der weniger schöne Anlass war das alljährliche Nazispektakel „Rock für Deutschland“



in Gera. Links zur Sendung und mehr: <http://gruenlink.de/o0x>

- Am folgenden Tag war ich in die Polizeieinsatzzentrale Erfurt-Süd geladen. Knapp 40 Führungskräfte hörten meinen Vortrag zu „Frauen in der rechten Szene“ bei der Polizei. Im nachfolgenden Gespräch wurden vor allem die Zahlen zur rechtsextremen Einstellung der (weiblichen) Bevölkerung aus dem Thüringen-Monitor und Wahlumfragen diskutiert.

- Zum zweiten Mal habe ich mich am bundesweiten Vorlesetag (15.11.) beteiligt. Und ein Experiment gewagt: Vorlesen vor hörgeschädigten Kindern, eine Premiere beim Vorlesetag. Ob die Kinder im Förderzentrum in Erfurt, oder ich mehr aufgeregt waren, sei dahin gestellt. Dank der Hilfe einer Gebärdendolmetscherin wurde es ein Erfolg, glückliche Kinder stürmten danach auf den Pausenhof. Bücher erweitern den Horizont? Oh ja: <http://gruenlink.de/o0y>.

Einige Impressionen finden sich auch im Bericht von Salve-TV: <http://gruenlink.de/o11>.

Durch das Vorlesen an der Schule ergaben sich einige Fachgespräche zur Inklusion mit dem Schulpersonal, die immer noch laufen.



- Vom 14.11. bis zum 16.11. fand in Weimar die GEW-Herbstakademie 2013 zum Thema „Grundbildung fördert Beteiligung“ statt. Dort forderte die GEW deutlichere Anstrengungen des Bundes und der Länder in der Grundbildung und ein Umdenken in der Alphabetisierungsdiskussion. Ich habe die Forderung der GEW nach einem Anspruch auf Grundbildung, der über Lesen und Schreiben hinausgeht, sehr begrüßt. Deutschlandweit sind immerhin etwa 7,5 Millionen Menschen von funktionalem Analphabetismus betroffen, allein in Thüringen etwa 200.000. Eine Gesamtstrategie von Bund, Ländern und Kommunen für flächendeckende Bildungsberatung und -angebote sehen wir bisher auch nicht wirklich und halten diese daher für längst überfällig. Auch Thüringen muss sein Engagement in diesem Bereich verstärken. So fordern wir seit langem eine deutliche Aufstockung der Mittel für Alphabetisierungsprogramme, denn bisher wird mit etwa 450 Teilnehmenden im Jahr 2012 nur ein Bruchteil der Betroffenen erreicht. Wir meinen, Thüringen kann es sich einfach nicht leisten, zehn Prozent seiner Bevölkerung als funktionale Analphabetinnen und Analphabeten

zu akzeptieren. Das habe ich auch auf der Podiumsdiskussion deutlich gemacht. Mehr hier: <http://gruenlink.de/o5z>

- Wir haben nun auch eine LAG Hochschule. Diese wurde am gestrigen Mittwochabend gegründet. Glückwunsch an Filip Heinlein, er wurde als Sprecher gewählt. Die LAG werde ich als zuständige Landtagsabgeordnete betreuen, als erste Aufgabe wird sich die LAG der Ausarbeitung des entsprechenden Teils zu Hochschulen für das Wahlprogramm stellen und strukturelle Vorschläge für die Hochschullandschaft und deren auskömmliche Finanzierung beraten. Für die nächste Plenarsitzung erarbeiten wir gerade einen Antrag für Transparenz und Offenlegung von Kooperationen von Hochschulen und Unternehmen auch und gerade mit Blick auf militärische Forschung.



- Einen Mühlhausen-Tag hatten mein Landtagskollege Carsten Meyer und ich am heutigen Donnerstag. Nach einem Besuch im Berufsschulzentrum Unstrut-Hainich ging es beim Gespräch mit Landrat Zanker vor allem um die Finanzlage des Kreises und eine Zusammenarbeit im Kreis und in der Stadt auf Augenhöhe von Grünen und SPD. Ab 15.15 Uhr hatten wir zur BürgerInnensprechstunde in unser Büro in die Herrenstraße 21 geladen (Bild).

Weitere aktuelle Meldungen und Informationen über meine parlamentarische Arbeit findet ihr - wie gewohnt - auf meiner Internetseite: <http://www.rothe-beinlich.de/>.

Wenn Ihr Vorschläge, Wünsche, Anregungen und/oder Kritik habt, so lasst es mich wissen. Ich komme gern zu Euch und auch Ihr seid mir - nicht nur in meinen Büros - sondern auch sonst - stets willkommen.

Herzlich grüßt Euch Eure

Astrid Rothe-Beinlich
Astrid Rothe-Beinlich

Kontakt und Impressum:

Abgeordnetenbüro in Erfurt: Lutherstr. 5, 99084 Erfurt; T: +49(0)361/ 57 650 54, F: +49(0)361/ 57 650 35,
Mail: erfurt@rothe-beinlich.de

Abgeordnetenbüro in Gera: Heinrichstraße 50, 07545 Gera; T: +49(0)365/ 55 146 65,
Mail: gera@rothe-beinlich.de

Abgeordnetenbüro in Mühlhausen: Herrenstr. 21, 99974 Mühlhausen; T: +49(0)3601/ 993709
Mail: muehlhausen@rothe-beinlich.de

Herausgeberin: Astrid Rothe-Beinlich, MdL

Büroleitung und Redaktion des Newsletters: Andreas Leps, M. A. mit freundlicher Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen

Bildquellen: gruene.de (CC BY-NC 3.0), Grüne Fraktion Thüringen, Offener Kanal Gera und eigenes Archiv